

heraus: An der Vorbereitung des Konzils waren wichtige Theologen nicht nur aus der Ost-, sondern auch aus der Westkirche beteiligt; insofern war das Konzil Ausdruck einer Kirche als konziliarer Gemeinschaft. Der Verzicht auf eine eindeutige Aussage zur Gottheit des Geistes im Symbolum beruht auf dem Prinzip der „Ökonomie“: Die erreichbare Einheit im Glauben sollte nicht

an der Verwendung noch umstrittener theologischer Termini scheitern. Schließlich hebt Kardinal Willebrands die Beziehung der theologischen Aussagen über den Heiligen Geist zum Taufgeschehen und damit zur gesamten liturgischen und spirituellen Tradition der damaligen Kirche hervor. Das Symbol von Konstantinopel verweise auf eine sakramentale Deutung der Kirche, wie

sie auch den Ausgangspunkt für den theologischen Dialog zwischen Katholiken und Orthodoxen bilde. Die gemeinsame Besinnung auf das Konzil von 381 könnte dazu anleiten, diesen Dialog in seiner eigentlichen Perspektive zu sehen: Er solle zur Anbetung und Verherrlichung von Vater, Sohn und Geist in der vollen Gemeinschaft führen.

Personen und Ereignisse

Zum Pro-Präfekten der Kongregation für die Sakramente und den Gottesdienst ernannte Johannes Paul II. den 72jährigen italienischen Kurien-erzbischof *Giuseppe Casoria*. Er tritt als Leiter der Kongregation die Nachfolge von Kardinal *James Robert Knox* an, der vom Papst mit der Führung des neugeschaffenen Päpstlichen Rates für die Familie betraut wurde. Erzbischof Casoria war früher einige Jahre lang Sekretär der Sakramentenkongregation. Nach der Zusammenlegung der Sakramenten- und der Gottesdienstkongregation wurde er 1975 Sekretär der Kongregation für die Heilig- und Seligsprechungsprozesse.

Der Schweizer Kirchenhistoriker *Viktor Conzemius* (Luzern) hat in einem Vortrag auf der Otto-beurener Studienwoche, die der Frage gewidmet war „Kommt ein neuer Konservatismus?“, den Pontifikat Johannes Pauls II. nachdrücklich verteidigt. Von Johannes Paul II. sei keine konservative Restauration der Kirche zu befürchten. Im kirchlich-theologischen Bereich müsse man zwar den „polnischen Erfahrungshorizont des regierenden Papstes“ einkalkulieren, doch habe er sich im nichttheologisch-weltlichen Bereich als mutiger und unerschrockener Verteidiger der Menschenrechte erwiesen, dessen Beachtung über moralische Appelle und abstrakte Modellforderungen weit hinausreichen. Das gäbe seinem Pontifikat bereits jetzt einen „historischen Rang“.

Bundesfamilienministerin *Antje Huber* hat die Praxis einiger deutscher Gemeinden kritisiert, Stadt- und Landstreicher über die Stadtgrenzen abzuschleppen. Wie aus ihrer Antwort auf eine Anfrage von SPD und FDP zur Lage der Nichtseßhaften weiter hervorgeht, leben in der Bundesrepublik etwa 80 000 alleinstehende, obdachlose und weitgehend mittellose Personen, darunter drei bis vier Prozent Frauen. Als Ursachen der Nichtseßhaftigkeit werden vor allem schlechte Familienverhältnisse, fehlende Schul- und Berufsbildung, Krankheit, Sucht, Ehescheidung, Tod des Ehepartners, Flucht und Vertreibung sowie Arbeitslosigkeit genannt.

Zum neuen Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen und damit zum Leiter des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR wurde während der Synode des Kirchenbundes in Güstrow der Magdeburger Bischof *Werner Krusche* gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Bischof *Albrecht Schönherr* an, der den Kirchenbund 12 Jahre lang leitete. Die Wahl Krusches, der schon bisher als Stellvertreter von Bischof Schönherr amtierte, gilt allerdings nur für eine Übergangszeit bis zum Zusammentreten der neugewählten

Synode des Kirchenbundes im nächsten Jahr. Auf Krusches bisherigen Platz wurde in Güstrow der Bischof von Greifswald, *Horst Gienke*, gewählt.

Einen sozialen Friedensdienst, den sich manche junge Christen in der DDR als Alternative zum Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee (NVA) wünschen, wird die SED nicht zulassen. Auch eine öffentliche Diskussion darüber ist unerwünscht. Dies machte der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, *Klaus Gysi*, mit aller Entschiedenheit klar. In einer Diskussion vor der theologischen Sektion der Humboldt-Universität in Ostberlin sagte Gysi, eine solche Möglichkeit sei völlig auszuschließen und nicht akzeptabel. Wer „trotz dieser sehr klaren Stellungnahme des Staates“ eine Kampagne für einen sozialen Friedensdienst in der DDR betreibe, suche die Konfrontation mit dem Staat.

Der Bischof von Umtali (Simbabwe), *Donal Lamont*, hat in einem Brief an die in Simbabwe erscheinende Zeitung „The Herald“ davor gewarnt, Schulkinder in Militärbrigaden zusammenzufassen. Er wandte sich damit entschieden gegen einen Plan von Ministerpräsident *Mugabe*, Kindermilizen zu schaffen. Wie Mugabe bekanntgab, sollten darin jene Kinder zusammengefaßt werden, die an den staatlichen Schulen keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Der Ministerpräsident stellte diesen Plan als einen Teil eines Erziehungsprogramms für die Jugend vor, das im Kern „eine sozialistische Erziehung an den Schulen“ vorsieht.

Zu stärkerem sozialem Engagement forderte der Bischof von Kumasi (Ghana), *Peter Sarpong*, die Priester seiner Diözese auf. Bischof Sarpong ermutigte die Priester, mehr „mit dem Volk zu denken und seine Wege zu gehen, um seine Bedürfnisse besser kennenzulernen“. An die Gefahren erinnernd, denen sich die ersten Missionare ausgesetzt hatten, ermahnte er die Priester, deren Beispiel zu folgen und nicht bequem zu werden, sondern Mißstände in der Gesellschaft zu ihrem Arbeitsfeld zu machen. „Eine kraftvolle Aktion muß an die Stelle derer treten, die Geld und Macht zu ihrem Gott erhoben haben.“

Die Ehe, die ihre Zeichen aus dem afrikanischen Erbe schöpft, kann die christliche Aufgabe erfüllen, Vergegenwärtigung des Geheimnisses Christi und der Kirche zu sein. Zu diesem Schluß kommt Prof. *Mulago Gwa Cikala Musbarhamina* in einer Schrift mit dem Titel „Die traditionelle Ehe in Afrika und die christliche Ehe“. Mulago ist Di-

rektor der Abteilung für afrikanische Religionen an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Kinshasa. Mit seiner Arbeit versucht Mulago Leitlinien einer Ehepastoral für Afrika zu erschließen und zum weitergehenden Studium der Materie einzuladen.

Eine überaus starke und vorwiegend positive Reaktion hat das Eintreten des Erzbischofs von Seattle (USA), *Raymond G. Hunthausen*, für einseitige Abrüstungsmaßnahmen und sein Plädoyer für einen Steuerboykott als Protest gegen die atomare Aufrüstung ausgelöst. Die Mehrheit der katholischen sowie auch viele der evangelischen Geistlichen und eine große Anzahl Gläubiger der Erzdiözese stellten sich hinter den Vorschlag des Erzbischofs. Die im erzbischöflichen Ordinariat von Seattle eingegangenen Briefe sprechen sich, so hieß es in einer Mitteilung der bischöflichen Kurie, im Verhältnis vier zu eins für die in der Abrüstungsfrage vom Erzbischof eingenommene Position aus.

Gegen ein Auswuchern „sozialvoyeuristisch“ motivierter Reiseaktivitäten nach Lateinamerika und in andere Regionen der Dritten Welt hat sich der chilenische Bischof *Jorge Hourton* ausgesprochen. Hourton, der Präsident der chilenischen Elendsviertel-Selbsthilfe-Organisation „Fundación Misio“ ist, plädierte statt dessen dafür, daß die großen bundesdeutschen Entwicklungshilfswerke jungen Leuten, die um eine solche Reise wirklich „gekämpft“ und sie sich durch eigene Arbeit verdient hätten, Kontakte vermitteln sollten, um sich für längere Zeit, möglichst ein Jahr, an einem sorgfältig ausgewählten Entwicklungsprojekt beteiligen zu können.

Der Erzbischof von Hermosillo, *Carlos Quintero Arce*, hat die mexikanische Regierung und wirtschaftliche und politische Mißstände in seinem Land scharf kritisiert. Arce sprach von „staatlicher Demagogie“ und prangerte vor allem das Umsichgreifen von Korruption im öffentlichen Leben an. Die Äußerungen des Erzbischofs erregten einiges Aufsehen, so daß sich der Sekretär der Mexikanischen Bischofskonferenz veranlaßt sah, diese als persönliche Meinung Arces hinzustellen. Die Äußerungen des Erzbischofs waren nicht zuletzt deswegen von besonderer Brisanz, weil Mexiko die schärfste Trennung zwischen Kirche und Staat in seiner Verfassung verankert hat, die ein westlicher Staat überhaupt kennt und die Kirche nicht als eigene Rechtsperson anerkennt. Vom Innenministerium des Landes wurden die Äußerungen Arces als Mißbrauch der Freiheit gewertet, die der mexikanische Staat der Kirche zugesteht.